



Wo wird der Marsch enden?

Der 16. November 2001 ist ein historisches Datum. An diesem Tag stimmte die Mehrheit des Deutschen Bundestages für den weltweiten Einsatz deutscher Soldaten. Bundeskanzler Schröder hatte die Entscheidung über den Kriegseinsatz der Bundeswehr mit der Vertrauensfrage verbunden. Ab sofort können jetzt deutsche Soldaten außerhalb des Nato-Gebietes zur Unterstützung des „Anti-Terror-Krieges“ der USA eingesetzt werden. Durch die Entscheidung einer Mehrheit von grünen und sozialdemokratischen Abgeordneten ist es erstmals seit 1945 möglich, dass Soldaten in den Krieg ziehen und in Zinksärgen zurückkommen. Der Regierung wurde ein Blankoscheck ausgestellt. Niemand weiß heute wo dieser Marsch endet. Als Einsatzziele wurden genannt: Die Arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien, Nordost-Afrika. Aktuell spricht man von Somalia und vom Irak. Soldatens export ohne Grenzen?

Bush will den Krieg jetzt ausdehnen. Seit Tagen bestimmt das die Diskussion über mögliche weitere Schritte Washingtons im sogenannten Anti-Terror-Krieg.

Wird jetzt der Irak nach Afghanistan nächstes Ziel massiver US-Angriffe? Oder Somalia, Libyen, Nord-Korea...? Die Bundeswehr stationiert ihre Spürpanzer schon mal in Saudi Arabien und die Flotte kreuzt bald am Horn von Afrika.

Ein paar Verbündete warnen Bush mittlerweile vor einer Kampagne gegen Irak, aber es bleibt halbherzig und auf der Ebene der leisen Diplomatie.

Zum Irak ist zu sagen, seit Jahren gibt es hier Sanktionen die nur die Ärmsten treffen.

Die Folgen sind verheerend: Berichten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) zufolge sterben weiterhin monatlich etwa 5000 Kinder unter fünf Jahren infolge des Embargos an Krankheiten und Mangelernährung. Seit 1991 sind es mehr als eine halbe Million. Die Zahl der älteren Kinder und Erwachsenen, die in der letzten Dekade wegen fehlender Heilmittel starben, liegt bei etwa 1,5 Millionen.

In unsern Tagen aber führen die Fürsten ganz ungefährdet Kriege, die Heerführer werden reicher, und der größte Teil der Übel wird auf die Bauern und auf das Volk abgewälzt, die am Kriege nicht das geringste Interesse haben und die selber gar keinen Anlaß zum Kriege geben. Ein sachliches Erwägen der Kriegsursachen wird erweisen, daß alle Kriege zum Vorteil der Fürsten vom Zaun gebrochen und stets zum Nachteil des Volks geführt wurden, da ja das Volk nicht im geringsten daran interessiert war.

Erasmus von Rotterdam, in seiner Schrift „Die Klage des Friedens“ (1517)

Allen unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir ruhige Feiertage und ein gesundes und friedliches Jahr 2002.

DKP und DKP / Offene Liste Mörfelden-Walldorf

Wird der Krieg ausgeweitet?

Die Entscheidung im Deutschen Bundestag und die Ergebnisse der Bundesparteitage von SPD und Grünen markieren in jedem Fall einen tiefen Einschnitt für Deutschland.

Das Militärische hat in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik nun offenbar einen festen Platz bekommen.

Jetzt spricht die Bush-Regierung von Ausweitung des Krieges. Höchste Zeit, dass auf die Bremse getreten wird. Schröder benutzt zwar nicht mehr so oft den Begriff „uneingeschränkte Solidarität“, aber das reicht nicht.

Ägyptens Außenminister sagte, ein Militärschlag gegen Irak würde die USA die Unterstützung des arabischen Lagers für den „Anti-Terror-Krieg“ kosten. Auch China lehnt einen Angriff ab, ohne dass Beweise für eine Beteiligung Iraks an Terroranschlägen vorliegen.

Die Forderung „Schluß mit dem weltweiten Krieg“ sollte jetzt schnell auch von Berlin kommen.

Auch dort kann man sich zum Beispiel informieren was im Irak geschieht. Eine weitere „Strafaktion“ würde wieder die Ärmsten der Armen treffen.

Prof. Ulrich Gottstein, Gründungs- und Ehrenvorstandsmitglied der Friedensorganisation IPPNW Deutschland, stellte kürzlich im Deutschen Ärzteblatt in einem ausführlichen Bericht über die Folgen der Sanktionen fest, der Westen begehe an der irakischen Bevölkerung, »besonders an Kranken, Kindern, Frauen und Armen, mit seinen Sanktionen seit nunmehr elf Jahren ein Verbrechen«. »Es leiden ausschließlich diejenigen, die durch Menschen- und Völkerrecht geschützt sein sollten«, so Gottstein.

Auch in Afghanistan ist der Krieg noch lange nicht zu Ende. Die Lage der Zivilbevölkerung verschlimmerte sich weiter. Eine Mitarbeiterin der Hilfsorganisation World Vision berichtete von katastrophalen Zuständen in Westafghanistan. »Ich habe Kinder an Unterernährung sterben sehen. Jede Hilfe kommt zu spät.« Nach UNO-Angaben sind etwa sieben Millionen Afghanen vom Hunger bedroht.

Wer den Krieg ausdehnen will, dreht weiter an der Gewaltspirale. Die Kriegsführung der USA stößt in weiten Teilen nicht allein der islamischen Welt auf Unverständnis und

wachsende Kritik. Angesichts der zivilen Opfer, aber auch weil der Krieg vielfach nicht als Kampf gegen den Terrorismus, sondern als Krieg gegen die Armen und als Kreuzzug gegen den Islam wahrgenommen wird, ruft der Krieg selbst wiederum Empörung und neuen Hass hervor.

Wir bleiben deshalb dabei: Der Krieg löst keine Probleme! rh



SPD-Politiker Kein Schweigen zum Feldzug des Terroriers

Von Peter Bredt/Karlsruhe

Die sozialdemokratische Mehrheit im Bundestag hat die Wählenden der sozialdemokratischen Parteien in ein weiteres, dieses Mal einmütiges, Schweigen über den Feldzug des Terroriers gegen die Freiheit und den Frieden in der Welt hineingelockt. In der Bundestagsdebatte am 11. September 2001 wurde die Resolution des Bundestages vom 8. September einstimmig angenommen.

Krieg ist nicht die einzige Antwort auf Terror und der Prozess der Terroristen wird nur durch die Gesetze bekämpft. Die SPD-Politiker haben sich nicht für den Feldzug des Terroriers ausgesprochen. Im Bundestag am 11. September 2001 hat die SPD die Resolution des Bundestages vom 8. September 2001 einstimmig angenommen. Die SPD-Politiker haben sich nicht für den Feldzug des Terroriers ausgesprochen.

Was ist die Rolle der SPD in der Bundestagsdebatte? Die SPD-Politiker haben sich nicht für den Feldzug des Terroriers ausgesprochen. Die SPD-Politiker haben sich nicht für den Feldzug des Terroriers ausgesprochen. Die SPD-Politiker haben sich nicht für den Feldzug des Terroriers ausgesprochen.

Zeitungsausschnitt der: „Frankfurter Rundschau“, 24. 11. 2001
Es gibt also auch mutige sozialdemokratische Bürgermeister.

Verraten und verkauft?

Auf dem Parteitag in Rostock haben die Grünen die letzten pazifistischen Grundsätze über Bord geworfen.

Früher riefen die Grünen oft: „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ Jetzt darf man getrost hinzufügen: „Wer stand noch auf dieser Bühne? Bündnis 90 Grüne!“

Trotzdem, es gibt bei den Grünen und Sozialdemokraten Menschen die über diese Entwicklung höchst unzufrieden sind. Sie ballen die Faust - die meisten leider in der Tasche.

Geht es nur um Terrorbekämpfung?

In der letzten Kreistagssitzung erklärte die PDS „Offene Liste“ zum Thema Krieg u.a.:

Das erste, was uns zum 16. Nov. 2001 einfiel, war das Wort: „Kriegskredite“. Die Sozialdemokraten stimmten damals, 1914, für die Kriegskredite des Kaisers. Nur Karl Liebknecht war dagegen.

Es wird immer deutlicher: Schröder hat die Sozialdemokraten mit dem Wort „uneingeschränkt“ in die Falle geführt. Wir sagen: wenn man die USA-Politik kritisiert, ist man noch lange nicht anti-amerikanisch. Bei aller Trauer um die Attentatopfer werden wir jetzt nicht beginnen die Bush-Administration zu lieben.

Wir werden nicht aufhören zu fragen - wie kommt der ungeheure Hass auf die USA? Und es muß auch die Frage erlaubt sein: Geht es nur um Terrorbekämpfung oder geht es auch um Öl und die gesicherten Zugänge zu begehrten Ressourcen?

Überflug bringt Angst und Schrecken

Tatort: Mittwoch, 28.11., 0.55 Uhr. Eine US-amerikanische (wahrscheinlich mit Waffen beladene) Galaxy brennt im Tiefflug über Walldorf. Versetzt Bürgerinnen und Bürger in tiefste Angstzustände und reißt sie mit brutalster Gewalt aus dem Schlaf.

Mit weit über 100 Dezibel donnert der Jet nach Afghanistan ohne Rücksicht auf die Bewohner unserer und anderer Städte.

Eine Zumutung und Unverschämtheit, die sich die Amerikaner, aber auch die FRAPORT hier geleistet haben und leisten. Einen Verweis „da können wir nichts machen“ lassen wir nicht gelten, prüfen rechtliche Schritte und fordern die unverzügliche Einstellung aller Nachtflüge.

Die Betroffenheit und Angst, gerade nach den Anschlägen vom 11. September, sitzen noch in den Knochen und werden hier in einer unzu-

mutbaren Art und Weise bedrohlich strapaziert und attackiert.

Kein Mensch von uns weiß, was dieser Bomben-Jet geladen hat, aber er fliegt über bewohntes Gebiet einer ganzen Region, reißt Hunderttausende aus dem Schlaf. Woher nehmen die Amerikaner sich das Recht, Waffen über unsere Köpfe zu transportieren? Woher nimmt die FRAPORT sich das Recht, diese brutalst-gefährlichen Jets starten zu lassen und das auch noch nachts.

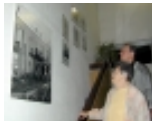
Wir fordern:

Keine militärische Nutzung des Rhein-Main-Flughafens.

Nachtflugverbot von 22.00-6.00 Uhr

Gemeinsam gegen Flughafenerweiterung

Aus einer Presseerklärung der Bürgerinitiative gegen Flughafenerweiterung.



Im Rathaus Mörfelden gab es eine eindrucksvolle Fotoausstellung des Frankfurter Fotografen Klaus Malorny zum Thema „Startbahn West“.

Mit olympischer Begeisterung für den Flughafenausbau?

Alle lieben den Sport. Alle wissen auch: Sport braucht finanzielle Förderung, ansonsten können Vereine nicht überleben, können Schulen ihre Turnhallen nicht renovieren, können die Kommunen ihre Bäder nicht öffnen. Reicht die Förderung des Breitensports? Nein! Aber jetzt soll's losgehen: Olympia 2012 in Frankfurt Rhein-Main! Anlass für olympische Begeisterung?

Auch im Kreis Groß-Gerau versucht man mit einem Informationsabend am 19. Dezember 2001 im Landratsamt Reklame für die Bewerbung zu machen.

Vorgeschichte: Anlässlich der hessischen Kommunalwahlen im Frühjahr 2001 regte Innenminister Bouffier die Bewerbung Frankfurts für die Olympischen Spiele 2012 an. Partei- und insti-

tutionenübergreifend signalisierten alle „Verantwortlichen“ breite Zustimmung. Der Multifunktionär der hessischen Wirtschaft und Flughafenausbauemediator Niethammer beispielsweise erklärte in seiner Funktion als Präsident der „Wirtschaftsinitiative Frankfurt Rhein-Main“ unbedingte Unterstützung für das Projekt.

Die Erwartungen der Planer: Der Frankfurter Flughafen muß erweitert werden. Was ist von alledem zu halten?

Statt einer besseren Förderung des Breitensports wurde nun die Bewerbung für die Olympischen Spiele beschlossen. Der Größenwahn der Verantwortlichen kennt kein Ende. Die erste Million für die Olympiabewerbung ist ausgegeben.

Ein etwas genauerer Blick auf das Gutachten läßt aber doch erhebliche Zweifel aufkommen: Zwölf Millionen DM soll allein bis zum Mai 2003 das Werben für die Kandidatur im nationalen Zusammenhang kosten. Drei Mil-

lionen hiervon soll die Schulden-Stadt Frankfurt am Main aufbringen. Woher nehmen, wenn nicht stehlen? Insgesamt sollen die Spiele über 3 Milliarden DM kosten, mit Mehreinnahmen von ca. 270 Millionen wird gerechnet.

Wirtschaftlich sinnvoll, sagen die hochbezahlten Gutachter. Das wurde auch vor dem finanziellen Desaster der Weltausstellung in Hannover behauptet. Viele Fragen bleiben: Sind auch die Kosten für den Erhalt der Sportstätten nach den Olympischen Spielen kalkuliert?

Ganz deutlich der Unternehmensverband Frankfurt Rhein-Main: „Ein begeistertes Engagement für Olympia läßt sich nicht mit einem Engagement gegen den Flughafen-Ausbau vereinbaren.“ (FAZ, 25. 10. 2001).

Statt Millionen für eine sinnlose Bewerbung rauszuschleudern, sollte dieses Geld lieber in die Förderung des Breitensports gesteckt werden.

Rudi Hechler

Aus dem Kreistag



Resolutionsantrag der „PDS-Offene Liste“ beschlossen

Biblis soll abgeschaltet werden

Am 19. November war Kreistagsitzung. Es gab lange Diskussionen über zwei Anträge der PDS „Offene Liste“. Dabei wurde ein Resolutionsantrag „Biblis abschalten“ mit Stimmen der SPD, der Grünen und der PDS „Offene Liste“ angenommen.

Ein Antrag gegen die Beteiligung deutscher Soldaten am „Anti-Terror-Krieg“ der USA wurde abgelehnt. Bei der Debatte über diese Anträge gab es gehässige Ausfälle des CDU-Abgeordneten Weiß und des Abgeordneten der „Republikaner“ Skibba. CDU und „Re-

publikaner“ überboten sich in übler antikommunistischer Hetze und Verleumdung. Vor allem Sozialdemokraten verwehrten sich gegen die Haßtiraden.

Rudi Hechler entgegnete: „Über zwanzig Jahre bin ich Stadtverordneter der DKP in Mörfelden-Walldorf. Heiße Debatten gab es auch hier. Was ich aber am 19. November 2001 in der Kreistagsitzung als „Diskussionsbeiträge“ der Abgeordneten Weiß (CDU) und Skibba („Republikaner“) erlebte, war eine neue Erfahrung. Soll keiner dieser Herren mehr den Satz „Hohes Haus“ in den Mund nehmen. Jetzt weiß ich's nämlich genau: ich bin ein unverbesserlicher Kommunist, der nichts dazu lernt, wahrscheinlich sogar ein Stasi-Spitzel (ob ein „freiwilliger“ oder „bezahlter“, darüber war sich der REP-Sprecher noch nicht im klaren). Bleibt der Eindruck: Die Rechten im Kreistag sind argumentativ schwach und sie meinen nicht nur die PDS „Offene Liste“ wenn sie ihre Drecksübel ausleeren. Darüber kann man nachdenken.“

In der Erklärung der PDS „Offene Liste“ hieß es u.a.:

„Nach dem 11. September hörte man: „Die Welt ist nicht mehr wie sie war“. Das stimmt nicht und es stimmt doch. Es stimmt nicht, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse weltweit geblieben sind und alles getan wird, dass sie so bleiben.

Aber es stimmt doch, weil wir plötzlich spüren, wie verletzlich die Welt der Reichen durch die verbrecherischen Terrorakte geworden ist.

Spätestens seit Tschernobyl denken wir alle öfters an die Reaktoren im Süden, weil wir die Karten der Ausbreitung der Radioaktivität von Weißrussland über Europa sahen. Und dann dachten wir an Biblis und übertrugen die Karten über unser dicht besiedeltes Rhein-Main-Gebiet.

Im Kopf hatten wir dabei natürlich die ständigen Störungen vor allem im Block A. Thematisiert wurde öfter auch das Thema: „Was wäre, wenn ein Phantomjäger...“

Seit dem 11. September denken wir - berechtigterweise mit Angst - an ander-

re Flugzeuge, vollgetankt mit Kerosin und gerade erst auf Rhein-Main gestartet. Man soll nicht versuchen uns die Angst auszureden - sie hat ihre Berechtigung.



Der Bundes-CDU fällt darauf ein, wir sollten an jedem Reaktor die Bundeswehr mit Flugabwehrraketen stationieren. Das Horrorszenario bleibt dabei. Die CDU im hiesigen Parlament behauptet abgeschaltete Reaktoren bleiben genauso gefährlich. Wissenschaftler sehen das anders.

Ich meine sowieso: Abschalten kann nur der erste Schritt sein.

Nach dem 11. September gibt es eine

neue gänzlich unerwartete Lage. Die Betriebsgenehmigungen der deutschen Atomkraftwerke könnten jetzt aus atom- und verfassungsrechtlichen Gründen widerrufen werden.

Die Gefahr von Terroranschlägen auf Atomkraftwerke, das unzureichende Sicherheitsniveau, das nicht gelöste Atommüllproblem und die massive Unterversicherung der Atomkraftwerke zwingen geradezu zur Stilllegung der Atomkraftwerke.

Diese kleine Resolution heute wird das alles nicht bewirken.

Aber vielleicht gibt es ja in vielen Parlamenten Resolutionen und Debatten. Und vielleicht nimmt die notwendige Nachdenklichkeit zu. Deshalb meine Bitte: Unterstützen Sie den vorliegenden Antrag.“



Ein interessantes CDU-Plakat aus dem Berliner Wahlkampf wurde uns geschickt.

Text: „SPD, PDS und Grüne gefährden Berlins Zukunftsprojekt Nr. 1. Die CDU unterstützt den Bau des Großflughafens und damit die Schaffung von 50.000 Arbeitsplätzen.“

Die Sprüche kommen einem bekannt vor. Nach dem 11. September hörte die CDU auf dieses Plakat zu kleben. Das Problem aber bleibt.

Herzlichen Dank allen,
die für den Erhalt dieser
Zeitung spenden!

Jede Mark hilft
dem »blickpunkt«!

Unser Konto:
Kreisparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419
BLZ 50852553

Betonköpfe

Als wären die Probleme des Verkehrs – von Straße und aus der Luft - nicht groß genug, es wird weiter geplant und gebaut. Eine „große Baukoalition“ (SPD, FDP und CDU) hat das „Vorhaben Erweiterung des Gewerbegebietes Ost mit neuer Straßenanbindung an die B 486“ einen Schritt weiter gebracht. Weitere Betriebe, weiterer Verkehr, weiterer Siedlungsdruck wird die Probleme auf innerstädt. Straßen noch verstärken. Sie argumentieren, dass der Verkehr durch die neue Straßenanbindung schneller abfließen könne. Er wird aber auch schneller und vermehrt zufließen! Mehr Gewerbe böte die Zunahme von Arbeitsplätzen. Das bedeutet aber meist Abbau von Arbeitsplätzen anderen Orts. Mehr Gewerbe bedeute mehr Einnahmen an Steuern. Doch die Steuereinnahmen sind un kalkulierbar – zur Zeit sinken sie drastisch; und die Gewerbesteuer soll ganz entfallen – und der städt. Schuldenberg wuchs in den letzten Jahrzehnten trotz „prosperierender“ Gewerbeansiedlung. Der Verbrauch an Fläche, an Landschaft hat Dimensionen erreicht, der für die Menschen unzumutbar ist. Der Zuwachs an Wohnbebauung ist dann zwangsläufig. Und zwangsläufig ist die Zunahme des städt. Verkehrsaufkommens. Und so wurde das Ansinnen der Grünen, die Planungen für Schulzengewann wegen Flug- und Bahnlärm auszusetzen, abgeblüht. Über 22.000 Autos sind derzeit in Mörfelden-Walldorf zugelassen, und die fahren auch durch unsere Straßen. Eine private Verkehrsählung an der Ecke Ringstr./Friedrichstr. in Mörfelden ergab bis zu 852 Motorfahrzeuge in einer Stunde (Dienstag, 6. 11., 16 bis 17 Uhr). Dazu kommt noch Bahn- und Fluglärm. Neue Straßen bauen ist wohl einfacher und leichter als bestehenden Verkehr zu mildern, Fahrradwege und sichere Fußgängerwege zu schaffen.

R. D.

Wochenzeitung der DKP

UZ

Probexemplare bei der
„blickpunkt“-Redaktion erhältlich

Südümgehung

Hoffnungsvoll titelte eine Zeitung „Für Südümgehung zeichnet sich eine Lösung ab“. Doch die Zeithorizonte, die genannt werden, dämpfen die Erwartung. Es geht noch immer um die Teilstrecke Nikolauspfote zur B 486 – Schwimmbadweg- oder Sportplatztrasse. Dabei wurde jetzt eine „optimierte“ Trasse vorgeschlagen. Ob diese das Optimum ist, darf aber bezweifelt werden, denn sie frisst bedeutend mehr Wald, tangiert nah das Schwimmbad, die Tennisplätze und das Stadion. Zudem liegt sie auch näher an der Wohnbebauung. Der Bürgermeister, der die Umweltschutzverbände an einen Tisch holen will um die Straßenführung mit ihnen abzustimmen, darf sich auf eine heiße Diskussion freuen. Die Anwürfe, „die Untergrundarbeit (eines Vertreters der Schutzgemeinschaft deutscher Wald) muss aufhören“ werden die Harmonie sicher stören. Die Straße ist nicht gegen, sondern nur mit den Bürgern zu bauen.

R. D.

„Selbstbestimmt leben im Alter“

Unter diesem Titel wird eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich aus Vertretern von aktiven Senioren, pflegenden Angehörigen, Fachdiensten, ehrenamtlichen Gruppen und Magistrat zusammensetzt. Schwerpunkte der Arbeit sind Wohnen (altengerechte Wohnraumversorgung), Kommunikation und gesellschaftliche Teilhabe, ebenso Hilfe und Unterstützung. Eine Bestandsaufnahme aller bestehenden Angebote auf kommunaler Ebene ist der erste Schritt. Daraus entwickeln sich weitere Konzepte im Bereich der Altenhilfe und Altenpflege. Das Ziel ist selbstbestimmtes Leben im Alter zu sichern. Erfahrungen aus anderen Städten sollen in das Projekt einfließen. Die Leitung der Projektgruppe wird der Kreis Groß-Gerau (Fachbereich Sozialplanung) übernehmen. Ein Jahr Frist hat man sich gesetzt bis Ergebnisse präsentiert werden können.

Im letzten „blickpunkt“ hatten wir unter der Überschrift „Gesundheitsreform“ das Thema Pflegewesen behandelt. Wir stellten fürs Stadtparlament einen Antrag, damit das Angebot für ältere Menschen in unserer Stadt ergänzt und breiter wird. Mit der Bildung der Projektgruppe wurde unserem Anliegen entsprochen.

R. D.

Ein Trauerspiel

Seit Jahren ist die offizielle Feier zum Volkstrauertag ein Trauerspiel. Liegt es am größeren Abstand zum letzten Krieg (den Deutschland hautnah erlebte), dessen Opfern gedacht wird, liegt es an der Gestaltung der Feier, den Ansprachen, oder einfach am Desinteresse? Zieht man die Mandatsträger aus Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, die Mitglieder des Posaunenchor, des Gesangsvereins, die Vorstandsmitglieder der mitausrichtenden Organisationen wie VdK, Freidenker u. a. ab, waren nur eine Handvoll älterer Menschen anwesend.

Gerade in diesem Jahr, nach den Ereignissen in New York und nach der Entscheidung deutsche Soldaten in den Krieg zu schicken, hätte die Veranstaltung eine größere Teilnahme verdient gehabt. Ist Frieden eine so selbstverständliche Sache, dass man nicht ein paar Gedanken daran verschwendet? Ist dem heutigen Menschen die Väter- und Großvätergeneration so egal, dass man sich ihrer nicht erinnert – nicht ein mal im Jahr?

Und wer sich erinnert, die Toten vom letzten Weltkrieg beklagt, der Sinnlosigkeit der Kriege sich bewusst wird, dass Krieg keine Probleme löst, sondern nur neue schafft, ist der nicht auch fähig – oder sollte es sein – dass er vor künftigen Kriege warnt? Dass er generell Kriege verurteilt? Jeder, der Kriege führt, hat den Menschen vorgegaukelt, dass dieser Krieg ein gerechter oder heiliger sei. Krieg ist kein Naturereignis, das un plötzlich über die Menschheit kommt. Er ist, nach Clausewitz (preußischer General), die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Dieses darf aber in Zeiten der Massenvernichtungswaffen, seien sie atomar, biologisch, chemisch oder orbital, nicht sein. Die Humanität, die Achtung vor dem Leben sollte es der Politik verbieten, Menschen in den Krieg zu schicken!

R. D.
5

LESERBRIEF

Leserbrief zu

„Uneingeschränkt“ gegen den Krieg“
Resolution der
Stadtverordnetenfraktion der
DKP/Offene Liste

„Die Resolution der Stadtverordnetenfraktion der DKP/Offene Liste zum Krieg in Afghanistan, die auszugsweise in Blickpunkt November 2001 abgedruckt ist, findet meine volle Unterstützung. Als Christ und Theologe bin ich enttäuscht und erschüttert, dass die beiden großen Kirchen sich nicht zu einer gemeinsamen Resolution durchringen können, in der sie beherzt und mutig diesen Krieg verurteilen. Es sind wieder nur einzelne in den Kirchen, die öffentlich widersprechen. „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“, so hat es die Weltkirchenkonferenz 1948 in Amsterdam formuliert. Damit hat sich die Kirche losgesagt von jeglicher Rechtfertigung des Krieges. Hinter diese Aussage können Christinnen und Christen nicht zurück. Sie fühlen sich in ihrem Gewissen an die biblische Tradition gebunden, aus der die Aussage „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“ resultiert. Wer so denkt, wird oft als realitätsfremd bezeichnet. Aber realitätsfremd

sind alle diejenigen, die glauben, der Terror ließe sich mit Bomben besiegen. Mit Bomben bombt man nur die Eskalation der Gewalt herbei. Ich will mir gar nicht ausmalen, was geschieht, wenn Bundeswehrsoldaten sich an diesem unseligen Krieg beteiligen.

Die grausamen und menschenverachtenden Terroranschläge in den USA müssen geahndet werden. Die Täter gehören vor ein internationales Gericht. Dem Terrorismus muss der Nährboden, auf dem er gedeiht, entzogen werden. Dazu ist Krieg kein geeignetes Mittel.

Der beste Schutz gegen Gewalt, Terror und Krieg ist eine gerechte internationale Ordnung. Die grundlegende Voraussetzung für den Frieden in der Welt ist **Gerechtigkeit**. Gerechtigkeit aber wird nicht erreicht durch unser unmenschliches kapitalistisches System, in dem die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden.

Die kritiklose Hinnahme des Krieges in Afghanistan durch die Mehrheit des Bundestages ist beängstigend. Der Bundeskanzler hat sich nicht entblödet seit dem 11. September fast täglich die „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA zu beschwören. Diese Aussage ist gefährlich, weil sie kritikalos macht. Ebenso gefährlich ist, wie der Bundeskanzler die 19 Ab-

geordneten seiner Partei, die gegen einen Mazedonien-Einsatz der Bundeswehr gestimmt haben, behandelt hat. Und Herrn Struck, der in diesem Zusammenhang meinte, es könne nicht angehen, dass „jeder für sich selbst bestimmt, was eine Gewissensentscheidung ist“, was uneingeschränkt auf das Grundgesetz; denn dort ist in § 38, Absatz 1 geregelt, dass die Abgeordneten des Deutschen Bundestages „nur ihrem Gewissen unterworfen“ sind. Herr Struck hat sich mit seiner Äußerung antidemokratisch verhalten, und das ist besorgniserregend. „Widerstehe den Anfängen“, das gilt hier in besonderer Weise.

Lassen wir uns nicht entmutigen immer wieder aufzustehen, um zu widerstehen, wo Krieg, Terror, Gewalt und ungerechte wirtschaftliche Verhältnisse es erfordern.“

Hans Dieter Zepf, Pfarrer i. R.
64569 Nauheim, Pfarrgasse 13



Bertolt Brecht (1951)

An meine Landsleute

*Ihr, die ihr überlebtet
in gestorbenen Städten,
Habt doch nun endlich mit euch selbst Erbarmen!
Zieht nun in neue Kriege nicht, ihr Armen
Als ob die alten nicht
gelangt hätten.
Ich bitt euch, habet mit euch selbst Erbarmen!*

*Ihr Männer, greift zur Kelle,
nicht zum Messer!
Ihr säßet unter Dächern
schließlich jetzt
Hättet ihr auf das Messer
nicht gesetzt
Und unter Dächern sitzt es
sich doch besser.
Ich bitt euch, greift zur Kelle, nicht zum Messer!*

*Ihr Kinder, daß sie euch mit Krieg verschonen
Müßt ihr um Einsicht eure Eltern bitten.
Sagt laut, ihr wollt nicht in
Ruinen wohnen
Und nicht das leiden,
was sie selber litten:
Ihr Kinder, daß sie euch mit Krieg verschonen!*

*Ihr Mütter, da es euch
anheimgelieben
Den Krieg zu dulden oder
nicht zu dulden
Ich bitt euch, lasset eure
Kinder leben!
Daß sie euch die Geburt und
nicht den Tod dann schulden:
Ihr Mütter, lasset eure Kinder leben!*

25 Jahre Mörfelden-Walldorf - eine Zwangsehe

Am 1. Januar 1977 hörte die Selbständigkeit der beiden Städte Mörfelden und Walldorf auf, die Fusion war vollzogen. Noch drei Monate trug die Doppelstadt Mörfelden-Walldorf den damals von der SPD/FDP-Regierung in Wiesbaden diktierten Kunstnamen „Waldfelden“. Wie kam es dazu?

Im Herbst 1970 beschlossen die Koalitionsfraktionen der SPD und FDP in Wiesbaden die Gemeindegebietsreform bis zum Ende der Legislaturperiode 1974 abzuschließen. Dies war eine Reform mit dem Schlachtermesser. Es ging um wirtschaftliche Interessen auch der Großbetriebe, und um Ausdehnungsmöglichkeiten der Großstädte. Aber auch die Finanznot der Gemeinden spielte eine Rolle. Nicht wenige Bürgermeister und Stadtkämmerer glaubten fusionieren wäre auch sanieren. Was sich bald als Irrglaube herausstellte. Vorgesehen war auch eine Neuordnung des Frankfurter Umlandes in Form eines Mehrzweckpflichtverbandes, später Umlandverband genannt, dem Mörfelden und Walldorf angehören sollten. Außerdem geisterten noch immer die Eingemeindungspläne des Frankfurter Oberbürgermeisters Möller durch die Lande. Auch die Verwaltungsgrenzen des gesamten Kreises Groß-Gerau standen zeitweise auf der Kippe (Dies ist heute nach 25 Jahren immer noch nicht ausgestanden). In dieser Situation stand als angeblicher Ausweg nur die Fusion. Die beiden Stadtparlamente stimmten am 28. Februar 1974 in einer gemeinsamen Sitzung für die Städteehe. Die Walldorfer waren über alle Fraktions-

grenzen dafür, differenzierter fiel die Entscheidung der Mörfelder Stadtverordneten aus. Die DKP-Fraktion stimmte und kämpfte auch außerparlamentarisch dagegen. Letztlich wurde auch der Doppelname „Mörfelden-Walldorf“ nur erreicht durch einen Antrag, den die DKP in Stadtparlament durchsetzte. Vielsagend war die Abstimmung der CDU - in Walldorf dafür und in Mörfelden wegen der starken Bürgerbewegung „Mörfelden bleibt“ dagegen, SPD und FDP waren dafür. Die Bürgerbewegung „Mörfelden bleibt“ sammelte damals übrigens in Mörfelden 3000 Unterschriften, die sie persönlich in Wiesbaden abliefern.

Was waren die Folgen der Gebietsreform? 1970 gab es in ganz Hessen noch 2642 Gemeinden, wovon 1977 noch 470 übrig blieben. Im Kreis Groß-Gerau gab es von 29 am Ende nur noch 14 selbständige Kommunen. Der größte Skandal in Hessen war die Zusammenlegung der Städte Gießen und Wetzlar unter dem Namen Lahnstadt. Nach Bürgerprotesten wurde dieser Beschluß wieder aufgehoben. In unserer Stadt mußten mit viel Geld- und Zeitaufwand die beiden Verwaltungen unter einen Hut und in zwei Rathäuser gebracht werden. 20 Straßennamen die doppelt vorkamen, mußten mit allen bekannten Folgen (Straßenschilder, Adressen u.s.w.) geändert werden. Die „geballte Finanzkraft“, wie von der SPD angekündigt, blieb aus. Vieles blieb erhalten, was nur zu begrüßen ist. Wir haben zwei Rathäuser, zwei Feuerwehren und zwei moderne Feuerwehrgerätehäuser, zwei Friedhö-



Die Idiotie wurde auf die Spitze getrieben. Einige Zeit hieß die Stadt „Waldfelden“.

fe und die beiden Stadtteile führen weiterhin ein gewisses Eigenleben.

Wir meinten damals, daß die beiden gleichgroßen Städte mit je ca. 15000 Einwohnern allein lebensfähig gewesen wären und selbständig hätten bleiben können, wie andere Gemeinden im Kreis auch z. B. Kelsterbach, Raunheim und Gernsheim. Heute nach 25 Jahren, fordert niemand mehr eine Auflösung der Fusion, auch die damaligen Gegner nicht. Es ist immer noch Wachsamkeit geboten gegen neue Gebiets- und Verwaltungsreformen. Die wichtigste Aufgabe für unsere Stadt ist, die wieder erneut entstandene Bedrohung durch den Moloch Flughafen abzuwehren. Die Bürger dieser „Doppel“-Stadt sollen sich auch in Zukunft hier noch wohlfühlen.

Heinz Hechler

Sind Sie ein „Linksextremist“?

Wer den „blickpunkt“ liest, ist ein „Linksextremist“ - zumindest behauptet das der Hessische Verfassungsschutz in seinem Bericht 2000. Wenn Sie den „blickpunkt“ gerne lesen, aber kein „Linksextremist“ sind, können Sie sich dort ja mal beschweren und gleich dazu sagen, jede Steuermark für die dortigen Schnüffler ist falsch ausgegeben. Noch nicht einmal die „blickpunkt“-Auflage haben sie veröffentlicht. Vielleicht aber war das gar kein Versehen. Es sind 12.500 Exemplare monatlich. Soviele Linksextremisten in der Stadt?



Stadtgeschichten



Bereits vor dem ersten Weltkrieg bildeten sich auch in den Sport- und Gesangsvereinen in Walldorf wie in Mörfelden Laienspielgruppen, die mit ihren Aufführungen das kulturelle Leben in den Gemeinden bereicherten. Es wurden Stücke einstudiert wie „Der Glockenguß von Breslau“, „Die Waffen nieder“, oder das bekannte Stück des Mundartdichters Niebergall „Der Datterich“. Gleich nach den entbehrungsreichen Kriegsjahren wurde dieser schöne Brauch von dem „Arbeiter-Turn- und Sportverein“ Walldorf wieder aufgenommen. Schon am zweiten Weihnachtsfeiertag im Jahre 1919 führte die Gruppe das Stück „Robert und Bertram“ im Saal der Vereinsgaststätte „Noth“ mit großem Erfolg auf. Die 27 Mitwirkenden hatten vor der Veranstaltung, mit ihrer teils recht aufwendigen Garderobe, im Hof der Gaststätte in der Mörfelder Straße noch einen Fototermin. Dank der guten Archivarbeit des Nachfolgevereins, der SKG Walldorf, sind die Namen sämtlicher Akteure bekannt. Es sind oben v. l.: Heinrich Reviol, Jakob Klein, Peter Weison, Georg Kaufmann, Friedrich Tingelhof, Hermann Jourdan. Mitte stehend v. l.: Philipp Steckenreiter, Jakob Best, Klara Weymar, Mina Jourdan, Dina Jourdan, Philipp Huxhorn, Lieschen Jourdan, Bienchen Jourdan, Marie Reviol, Philipp Cezanne, Wilhelm Jourdan, Christoph Huxhorn, Heinrich Jourdan, Adolf Coutandin, Daniel Jourdan. Sitzend: Jakob Coutandin, Georg Meffert, Jakob Steckenreiter, Hermann Tron. Liegend: Adolf Klein und Heinrich Becker.



www.dkp-mw.de

Auf den regelmäßig aktualisierten DKP-Web-Seiten erfährt man einiges über unsere Publikationen, kann Geschichte nachlesen. Seit über dreißig Jahren erscheint monatlich der „blickpunkt“, den alle Bürgerinnen und Bürger kennen. Sehen Sie sich die Zeitung an.

Gestern und heute waren wir aktiv gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens, man kann es nachlesen.

Wir haben zahlreiche Bücher und Broschüren über die jüngste Geschichte unserer Stadt veröffentlicht, es gibt Ausarbeitungen über den heimatischen Dialekt. Es gibt aktuelle Links zur Friedensbewegung und zu verschiedenen linken Zeitungen. Klicken Sie mal Links!



Ein Geschenk für Weihnachten.

Restposten des Buches
„Mörfelden gestern“
DM 10,-

Bei Mitgliedern der DKP
und der „blickpunkt“-Redaktion

Unser Lexikon

Schbrisch

Wos gib't en heit
zu esse?

Kadoffel,
Haas unn Gans
(heiß und ganz)